

Rüsselsheim, den 20.08.2020

NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom Dienstag, den 16.06.2020 um 18:00 Uhr

„A“

TOP 1 Genehmigung der letzten Niederschrift

Die Niederschrift über die 36. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 20.04.2020 wird genehmigt.

TOP 2 Wahl einer stellvertretenden Ausschussvorsitzenden / eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

Der Stadtv. Metz schlägt für die CDU-Fraktion Frau Stefanie Kropp als stellv. Ausschussvorsitzende vor. Frau Kropp wird daraufhin einstimmig per Akklamation zur stellv. Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses gewählt.

TOP 3 Bebauungsplanverfahren Nr. 144 "Opel Forum Rüsselsheim - Motorworld" Hier: Ergänzung zum städtebaulichen Vertrag § 5.6 und 5.7 DS-Nr. 726/16-21

Herr Stadtrat Kraft leitet in die Thematik ein.

Die Drucksache wird des Weiteren durch eine Präsentation von Herrn Kohmann (Fachbereich Planung und Umwelt) erläutert, die allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werden soll.

Im Übrigen wird die Vorlage ausführlich diskutiert und die Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet. Auf entsprechende Fragen der Stadtv. Kropp erklärt Herr Stadtrat Kraft, dass der Satzungsbeschluss weiterhin wie vorgesehen am 10.09.2020 erfolgen kann, die im bisherigen Offenlegungsverfahren vorgelegten Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange Bestand haben und die erneute Offenlegung nicht zu einer Verzögerung im Hinblick auf die Beschlussfassung führ.

Er teilt mit, dass die Beauftragung eines Fachanwalts der juristischen Prüfung im Hinblick auf die Rechtssicherheit des Verfahrens diene.

Herr Kraft erklärt des Weiteren, dass die Drucksache in der beschlossenen Fassung mit Baulinie sowie den Punkten 5.6 und 5.7 (nach deren Beschlussfassung) erneut offengelegt wird. Der Stadtv. Flörsheimer erklärt, dass sich der Antrag der UL-Fraktion vom 05.06.2020 zur DS damit

erledigt habe.

Dem Antrag des Stadtv. Tollkühn entsprechend wird über die Punkte des Antrages der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 15.05.2020 zu den ausgelegten Dokumenten des Bebauungsplans Nr. 144 einzeln abgestimmt.

Punkt 1a) wird wie folgt einstimmig zugestimmt:

In Anlage 2 (Planzeichnung) ist die Brücke zwischen A8 und B19 durch Baulinien (rot) statt durch Baugrenzen (blau) zu kennzeichnen.

Punkt 1b wird wie folgt einstimmig zugestimmt:

In Anlage 3 (Begründung) ist der Text im Abschnitt 3.2.3 zur Brücke A8/B19 durch den in der StVV beschlossenen Text zu ersetzen.

Punkt 2 wird bei 2 Ja-Stimmen mit der Mehrheit der Gegenstimmen abgelehnt.

Im Übrigen wird der Stadtverordnetenversammlung bei 2 Gegenstimmen mit der Mehrheit der Ja-Stimmen empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen und dem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

A.) Kenntnisnahme:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass im Nachgang zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 13.02.2020 (DS-Nr. 635/16-21) Einigung mit der Motorworld (als Bezeichnung für die Eigentümergesellschaften RAB GmbH & Co. KG und RCD GmbH & Co. KG) hinsichtlich zwei Klarstellungen zu den städtebaulichen Verträgen (§ 5.6 und § 5.7) erzielt wurde. Der städtebauliche Vertrag wurde mit diesen Vertragsergänzungen bereits öffentlich ausgelegt und den Trägern öffentlicher Belange zur Stellungnahme zugeleitet. Es wurde jedoch versäumt die Stadtverordnetenversammlung erneut und vor der Offenlage mit den Ergänzungen zu befassen.

B.) Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die beiden Abschnitte § 5.6 und § 5.7 (Wortlaut, siehe C. Lösungsvorschlag) wie die bereits beschlossenen Vertragsteile des städtebaulichen Vertrages (DS-Nr. 625/16-21) für die weiteren Verhandlungen mit Motorworld als Grundlage dienen sollen.

TOP 4 Antrag der Fraktion UL vom 15.05.2020 - Städtebaulicher Vertrag mit den Firmen RAB und RAC

Der Stadtv. Flörsheimer begründet den vorliegenden Antrag der Fraktion UL vom 15.05.2020.

Der Antrag wird bei 1 Ja-Stimme mit der Mehrheit der Gegenstimmen abgelehnt.

**TOP 5 "Deutschlandstudie"
Bezug: Antrag Nr. 53 der FDP-Fraktion vom 25.06.2019
DS-Nr. 687/16-21**

Der Stadtv. Sert erläutert und begründet den vorliegenden Antrag.

Herr Stadtrat Kraft erklärt hierzu, dass die Intention des Antrags grundsätzlich geteilt wird und ihr auch bereits situativ entsprochen wird. Er bietet des Weiteren einen Bericht über entsprechende Aktivitäten der Stadt und der Gewobau mbH an.

Dieses Angebot aufgreifend erklärt Herr Sert, dass der Antrag nicht weiterverfolgt werden und stattdessen durch Dezernat III zur Thematik eine Information erfolgen soll.

Die Stadtv. Kropp verweist in diesem Zusammenhang auch auf den noch zu bearbeitenden Antrag Nr. 66 der CDU-Fraktion zum Thema Nachverdichtung.

TOP 6 Dienstgebäude, Mainstraße 7
hier: Bauzustandsbericht
Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
DS-Nr. 698/16-21

Der Bauzustandsbericht betr. Dienstgebäude Mainstraße 7 wird zur Kenntnis genommen.

TOP 7 Kostenüberwachung von größeren Projekten
hier: Bericht über Kosten- und Terminentwicklung der laufenden Projekte
- Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
DS-Nr. 708/16-21

Der Bericht über die Kosten- und Terminentwicklung der laufenden größeren Projekte für das 1. Quartal 2020 wird zur Kenntnis genommen.

TOP 8 Haushaltsplan 2020, Sperrvermerke
hier: Aufhebung des Sperrvermerks beim Sachkonto 6161100 Vermieter-
Bauunterhaltung,
Wartungskosten Gebäude
DS-Nr. 706/16-21

Da der Stadtv. Metz für die CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf anmeldet, wird die Abstimmung über die Vorlage in die Stadtverordnetenversammlung verschoben.

TOP 9 Besetzung der Funktion des/der ehrenamtlichen kommunalen
Behindertenbeauftragten
Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
DS-Nr. 683/16-21

Es wird zur Kenntnis genommen, dass

1. die ehrenamtliche kommunale Behindertenbeauftragte, Frau Heide Böttler, zum 31.12.2019 ihren Rücktritt erklärt hat.
2. der Magistrat die Funktion des kommunalen ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten ab dem 01. April 2020 an Herrn Heinz-Joachim Kulas übertragen hat. Die Übertragung ist zeitlich an das Ende der Legislaturperiode 2016-2021 geknüpft.

TOP 10 Berichtswesen gemäß Schutzschirmgesetz (SchuSG) zum 29.02.2020
-Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
DS-Nr. 688/16-21

Der Bericht gemäß Schutzschirmgesetz (SchSG) zum 29.02.2020 wird zur Kenntnis genommen.

Dem Vorschlag des Stadtv. Sert nach der Beschlussfassung des hessischen Landtags bzgl. der Veränderung der Schutzschirmregelungen die Stadtverordnetenversammlung zu informieren, soll entsprochen werden.

TOP 11 Zwischenbericht "Prüfung der Einrichtung eines Bildungs- und Kulturzentrums"

**Bezug: DS 483/16-21 Prüfung der Einrichtung eines Bildungs- und Kulturzentrums
DS-Nr. 713/16-21**

Der Zwischenbericht „Prüfung der Einrichtung eines Bildungs- und Kulturzentrums“ wird zur Kenntnis genommen.

**TOP 12 Großer Frankfurter Bogen - Abschluss einer Partnerschaftvereinbarung
DS-Nr. 705/16-21**

Die Vorlage wird insbesondere im Hinblick auf die aktuelle Relevanz diskutiert. Auf Anregung der Stadtv. Steinborn sagt der Oberbürgermeister regelmäßige Zwischenberichte zur Thematik zu.

Da der Stadtv. Flörsheimer noch Beratungsbedarf anmeldet, wird die Abstimmung über die Vorlage in die Stadtverordnetenversammlung verschoben.

**TOP 13 Prüfauftrag Einrichtung eines Frauenhauses in Rüsselsheim
Bezug: Antrag Nr. 28 der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität, FWR/FNR vom 04.02.2019
DS-Nr. 715/16-21**

Der vorliegende Änderungsantrag der Fraktion WsR vom 26.05.2020 wird bei 1 Ja-Stimme mit der Mehrheit der Nein-Stimmen abgelehnt.

Entsprechend der Beschlussfassung im Sozial-, Integrations- und Jugendausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung bei 1 Stimm-Enthaltung einstimmig empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen und dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht zum Antrag Nr. 28 der Fraktion SPD, Bündnis 90/die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität und FWR/FNR vom 04.02.2019 zur Kenntnis.

B. Beschluss

1. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, Verhandlungen mit dem Kreis Groß-Gerau aufzunehmen mit dem Ziel, an einem sicheren Standort ein Frauenhaus mit 6 – 8 Familienzimmern in Rüsselsheim am Main einzurichten.
Ein barrierefreier Zugang und die Aufnahme von Jungen über 14 Jahren werden ermöglicht.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat mit dem Kreis Groß-Gerau zu prüfen, ob es einen Bedarf an Beratungsstellen und Schutzeinrichtungen von Männern und Diversen gibt und falls ja, wie dem Rechnung getragen werden kann.
3. Der HH-Begleit Antrag Nr. 28 der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität und FWR/FNR vom 04.02.2019 gilt als erledigt.

**TOP 14 Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG); Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Übernahme der Aufgaben durch den Kreis Groß-Gerau
DS-Nr. 717/16-21**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Übernahme von Aufgaben nach dem Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) mit dem Kreis Groß-Gerau, vertreten durch den Landrat als Kreisordnungsbehörde, gemäß Anlage wird zugestimmt.

**TOP 15 Grundsatzbeschluss über die Weiteranmietung von
Unterbringungskapazitäten für von Wohnungslosigkeit gefährdete und
wohnungslose Menschen
DS-Nr. 716/16-21**

Entsprechend der Beschlussfassung im Sozial-, Integrations- und Jugendausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen und dem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. im ersten Halbjahr 2021 Mietverträge von insgesamt 11 Objekten für die Unterbringung von Asylbewerber*innen auslaufen, deren Refinanzierung durch den Kreis bis zum Ende der Mietlaufzeiten gesichert ist.
2. der Kreis einer Refinanzierung der Miet- und Betriebskosten im Falle einer neuerlichen Anmietung der Objekte durch die Stadt nicht zustimmt.
3. im Falle eines ersatzlosen Wegfalls der Unterbringungskapazitäten nicht genügend Plätze zur Verfügung stünden, um anerkannte Asylbewerber*innen unterzubringen,
4. und dadurch Obdachlosigkeit der anerkannten Geflüchteten entstünde, für deren Beseitigung auf Seiten der Obdachlosenbehörde nicht genügend Kapazitäten bereitstünden.
5. im Falle einer neuerlichen Anmietung eines Teils der Objekte die vollständige Refinanzierung der Miet- und Betriebskosten durch die Erhebung von Unterbringungsgebühren gesichert wird.

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt

1. den Magistrat mit der Aufnahme von Verhandlungen über die neuerliche Anmietung von 6 der 11 Objekte mit einer Kapazität von 161 Plätzen zwecks Sicherung ausreichender Unterbringungskapazitäten.
2. den Magistrat mit der Entwicklung einer Gebührensatzung zwecks Erhebung von Unterbringungsgebühren für dort untergebrachte, von Wohnungslosigkeit bedrohte, anerkannte Asylbewerber*innen, welche die vollumfängliche Refinanzierung der Miet- und Betriebskosten sicherstellt.

**TOP 16 Übernahme einer Ausfallbürgschaft zu Gunsten der gewobau zur
Finanzierung der Kindertagesstätte Berliner Straße
DS-Nr. 727/16-21**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

1. die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Übernahme einer 80%igen Ausfallbürgschaft für einen Kredit bis maximal 3,75 Mio. EUR für den Bau der Kindertagesstätte Berliner Str. durch die gewobau.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass für die Ausfallbürgschaft eine marktübliche Provision in Höhe der nach dem 01.01. eines jeden Jahres verbürgten Summe an die Stadt Rüsselsheim zu zahlen ist. Bei Ende der Bürgschaft wird für jeden

vollen Monat jeweils 1/12 des jährlichen Entgelts berechnet.

Protokollnotiz:

Auf die Frage des Stadtv. Metz, ob die Gewobau mbH mit dieser Baumaßnahme sich im Hinblick auf ihre sonstigen Aufgaben nicht übernehme, antwortet der Oberbürgermeister, dass dies nicht der Fall sei.

**TOP 17 Wahl eines Mitgliedes des Ortsgerichtes Rüsselsheim-Königstädten
DS-Nr. 728/16-21**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig, dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, Frau Martina Fahning, wh. in 65428 Rüsselsheim am Main - Königstädten, zur Ortsgerichtsschöffin des Ortsgerichtes Rüsselsheim-Königstädten zu wählen.

**TOP 18 Nachrückerin der Fraktion SPD in der Betriebskommission des
Eigenbetriebes Kultur123 Stadt Rüsselsheim
DS-Nr. 709/16-21**

Entsprechend der Beschlussfassung im Kultur-, Schul- und Sportausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfohlen, dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung benennt Frau Janina Ben-Fadhel zum stellvertretenden Mitglied der Betriebskommission des Eigenbetriebes Kultur123 Stadt Rüsselsheim.

**TOP 19 Nachrücker der Fraktion FDP in der Betriebskommission des Eigenbetriebes
Kultur123 Stadt Rüsselsheim
DS-Nr. 710/16-21**

Entsprechend der Beschlussfassung im Kultur-, Schul- und Sportausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfohlen, dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung benennt Herrn Christian Torsten Otto zum Mitglied der Betriebskommission des Eigenbetriebes Kultur123 Stadt Rüsselsheim.

**TOP 20 Nachrücker der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Betriebskommission
des Eigenbetriebes Kultur123 Stadt Rüsselsheim
DS-Nr. 711/16-21**

Entsprechend der Beschlussfassung im Kultur-, Schul- und Sportausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfohlen, dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung benennt Herrn Jo Dreiseitel zum stellvertretenden Mitglied der Betriebskommission des Eigenbetriebes Kultur123 Stadt Rüsselsheim.

**TOP 21 Nachwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes und eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses für die Wahlperiode 2016 - 2021
hier: Vertretung und Stellvertretung für die WsR-Fraktion
DS-Nr. 712/16-21**

Entsprechend der Beschlussfassung im Sozial-, Integrations- und Jugendausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung bei 6 Stimm-Enthaltungen einstimmig empfohlen, dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt Herrn Stadtverordneten Prof. Dr. Mathias Flörsheimer, Königsbergerstraße 23, 65428 Rüsselsheim am Main als stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

**TOP 22 Nachbenennung sachkundiger Einwohner*innen zur Bildung der Verkehrskommission - Ergänzung der DS 95/16-21
DS-Nr. 723/16-21**

Der Stadtverordnetenversammlung wird einstimmig empfohlen, dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung beruft ergänzend zur DS 96/16-21 folgende Person als sachkundige Einwohner*innen in die Verkehrskommission:

Herrn Florian Heinrich. Gewerbeverein Rüsselsheim von 1888 e.V.

TOP 23 Antrag der CDU-Fraktion vom 20.04.2020 - Love Family Park 2021

Der Stadtverordnetenversammlung wird bei 11 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Stimm-Enthaltungen mehrheitlich empfohlen, den modifizierten Antrag der CDU-Fraktion vom 09.06.2020 wie folgt zu beschließen:

1. Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main nimmt umgehend mit dem Veranstalter des „Love Family Park“ Kontakt auf und signalisiert die Bereitschaft *unter Vorbehalt einer Untersagung durch eine übergeordnete Behörde*, die Veranstaltung „Love Family Park“ auch im Jahr 2021 zu genehmigen
2. Der Stadtverordnetenversammlung wird im Jahr 2020 ein Sachstandsbericht zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Protokollnotiz:

Der Stadtv. Metz erklärt, dass als Veranstaltungsort weiterhin das Mainvorland angedacht sei.

TOP 24 Antrag der CDU-Fraktion vom 17.05.2020 - Verkehrs- und Sicherheitskonzept im öffentlichen Straßenverkehr für den Bereich Landungsplatz, Mainstraße, Schäfergasse, Faulbruchstraße und Dammgasse

Entsprechend der Beschlussfassung im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung bei 1 Stimm-Enthaltung einstimmig empfohlen, den modifizierten Antrag der CDU-Fraktion vom 09.06.2020 wie folgt zu beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt Maßnahmen für den öffentlichen Straßenverkehr des oben genannten Bereichs zu prüfen. Die Prüfung wird unter der Zielsetzung einer nachhaltigen Verkehrsberuhigung durchgeführt.

Im Rahmen der Prüfung werden u. a. folgende Kriterien berücksichtigt:

1. Welche verkehrsrechtlichen Maßnahmen sind in diesem Bereich möglich?
2. Welche flächenmäßigen Maßnahmen können in diesem Bereich geschaffen werden?
3. Welche weiteren Maßnahmen sind zur Umsetzung möglich?
4. Welche weiteren Befugnisse stehen dem Magistrat als Ordnungsbehörde für die Durchsetzung der Maßnahme zur Verfügung? (wie beispielsweise fest installierte Geschwindigkeitsüberwachungsgeräte, Präsenzstreifen und Verkehrskontrollen der Stadtpolizei)

Der Stadtverordnetenversammlung wird quartalsweise ein Zwischenbericht zum Bearbeitungsstatus vorgelegt.

TOP 25 Antrag der Fraktion FW/NR vom 22.05.2020 - Aussetzung der Sondernutzungsgebühren für gastronomische Zwecke, hier: Außenbestuhlung bis einschl. 30.10.2020

Dem Antrag der Stadtv. Steinborn und Walczuch entsprechend soll zu den einzelnen Punkten des Antrags der Fraktion FW/FNR vom 22.05.2020 getrennt abgestimmt werden.

Bzgl. Pkt. 3 verweist Herr Stadtrat Kraft darauf, dass bei einer Zustimmung die entsprechenden Bebauungspläne zu ändern seien. Der Stadtv. Adam-Frick zieht daraufhin Pkt. 3 des Antrags zurück.

Im Übrigen wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig (Pkt. 1) bzw. bei 1 Stimm-Enthaltung einstimmig (Pkt. 2) empfohlen, den Antrag der Fraktion FW/FNR vom 22.05.2020 wie folgt zu beschließen:

1. Die Aussetzung der Sondernutzungsgebühren für gastronomische Zwecke, hier: Außenbestuhlung bis einschließlich 30.10.2020.
2. Dort, wo es umsetzbar ist, also unter Berücksichtigung von Fluchtwegen usw., die Außenflächen zur Nutzung durch die Gastronomie zu vergrößern.

TOP 26 Antrag der SPD-Fraktion vom 27.05.2020 - Mobile Gastronomie im Vernapark

Der Stadtverordnetenversammlung wird bei 2 Gegenstimmen und 1 Stimm-Enthaltung mit der Mehrheit der Ja-Stimmen empfohlen, den Antrag der SPD-Fraktion vom 27.05.2020 wie folgt zu beschließen:

Der Magistrat schreibt für die Fläche zwischen Mühle und Musikpavillon im Vernapark einen Standplatz zum Betrieb einer mobilen Gastronomie (analog dem Kaffeemobil auf dem Wochenmarkt) aus.

TOP 27 Anfragen und Mitteilungen

Auf die Frage der Stadtv. Böcker nach einer Kostenaufstellung betr. Der Veranstaltung „Fridays for Future“ am 05.06.2020 sagt der Oberbürgermeister eine entsprechende Zusammenstellung der Kosten zu.

Bzgl. der Frage der Stadtv. Steinborn nach dem Sachstand betr. Der Stellenbesetzung des Klimaschutzmanagers sagt Herr Stadtrat Kraft eine Antwort bis zu Stadtverordnetenversammlung zu.

Der Vorsitzende teilt mit, dass bzgl. der Anfrage der WsR-Fraktion zur Rechtmäßigkeit des

Beschlussverfahrens zur DS-Nr. 700/16-21 (Grundschule Königstädten, Schulpavillon; hier: Vergabe eines zweigeschossigen Interimsgebäudes) die Aufsichtsbehörde mittlerweile erklärt habe, dass eine Abstimmung im Umlaufverfahren vollkommen korrekt war. Der Vorsitzende macht deutlich, dass er in der Angelegenheit das Verhalten des Stadtv. Walczuch als unsolidarisch empfinde. Diesbezüglich gibt Herr Walczuch ebenfalls eine Stellungnahme ab.